

**Beschluss der Konferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der
CDU/CSU-Fraktionen im Bund und den Ländern am 24. und 25. Oktober 2022 in Brüssel**

Konkrete Hilfen bei Flüchtlingskosten

Die Herbstkonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen im Bund und den Ländern stellt fest, dass es nach wie vor an konkreten Zusagen des Bundes für Hilfen bei den Flüchtlingskosten mangelt. Sie fordern eine klare Aussage der Bundesregierung, wie sie die Kommunen und Länder bei der Unterbringung von Flüchtlingen finanziell unterstützen wird.

Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher bedanken sich für das große Engagement der Kommunen bei der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen. Sie stellen fest, dass die Bundesregierung mit ihrer zögerlichen Haltung bei der Finanzierung am gesellschaftlichen Zusammenhalt rüttelt, und erwarten daher eine konkrete finanzielle Unterstützung seitens des Bundes für bisher nicht gedeckte Kosten des Jahres 2022 und auch für 2023, so dass Länder und Kommunen wichtige Planungssicherheit haben.

Mehr als eine Million ukrainischer Flüchtlinge leben inzwischen in Deutschland. Auch aus anderen Ländern steigen die Flüchtlingszahlen massiv an. Angesichts einer erratischen und unausgegorenen Migrationspolitik des Bundes fühlen sich die Kommunen mehr und mehr überfordert bei Unterbringung und Finanzierung. Beispielsweise sind Wohnraumkapazitäten und weitere Betreuungsangebote erschöpft. Die Kommunen stoßen an die Grenzen ihrer Aufnahmemöglichkeiten. Über den Winter könnten die Zahlen sogar noch deutlich steigen - je nach Kriegsverlauf und Versorgungslage in der Ukraine. Zudem kommen immer mehr Flüchtlinge aus anderen Ländern wie Syrien, Irak, Afghanistan oder der Türkei in Deutschland an - etwa über die Balkanroute.